

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

08. Dezember 2009

im Musiksaal der Hauptschule in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz** (zu TOP 02), Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: ---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 30. November 2009 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 4. Dezember 2009 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Bürgermeister Vogt mit, dass der TOP 04 (Friedhofssatzung der Stadt Neckarbischofsheim, hier: Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) von der Tagesordnung genommen wird. Von Seiten der Verwaltung gab es zur Satzung noch einige Punkte zu klären, so dass diese in der nächsten Sitzung behandelt wird.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 17. November 2009

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 17. November 2009 zu.

Abstimmung: 14 Ja

02. Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2010

Bürgermeister Vogt führt aus, dass am heutigen Tag der zweite Anlauf unternommen wird, um den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 im Gemeinderat einzubringen. Anlässlich der heutigen Einbringung des Planentwurfs hat er sich nochmals die Protokolle für den Haushalt 2005 angesehen. Bürgermeister Vogt war damals der Meinung, dass der Plan 2005 der schwierigste in seinem bisherigen Berufsleben war. Die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt belief sich gerade mal auf 23.000,00 €. Nachdem in den folgenden Jahren die finanzielle Talsohle durchschritten schien, hatte er gehofft, dass es bei diesem einmalig negativen Ereignis bleiben würde. Weit gefehlt! Heute würde er sich glücklich schätzen, könnte er dem Gemeinderat wenigstens eine Haushalt mit einem Überschuss von 23.000,00 € vorlegen. Der Entwurf, der heute Abend dem Gemeinderat vorliegt, weist im Verwaltungshaushalt ein Defizit in Höhe von 316.300,00 € auf. Der Grund hierfür ist nicht etwa ein üppiger Lebenswandel, den die Stadt Neckarbischofsheim an den Tag legt. Der Grund ist, wie auch schon im Jahre 2005, dass der Stadt die Steuereinnahmen fehlen. Sowohl der Einkommensteueranteil als auch die Finanzaufweisungen vom Land sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Dabei hat die Verwaltung die Gewerbesteuererinnahmen mit 600.000,00 € sehr optimistisch geschätzt.

Im Gegenzug zu den Einnahmen, haben sich die Ausgaben erhöht. Alleine die Betreuung der Kinder von 0 bis 6 Jahren bringt einen finanziellen Aufwand von 588.000,00 € mit sich. Wer in den letzten Wochen die Zeitungsmeldungen zum Orientierungsplan gelesen hat weiß, dass ab dem 1. Oktober 2010 weitere Belastungen auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommen. Auch die Schulen mit einem Gesamtetat von 699.000,00 € wollen finanziert sein. Die Stadt Neckarbischofsheim verwendet mehr als 1,2 Mio. Euro oder 18% des gesamten Haushaltsvolumens für die Betreuung und Bildung der Kinder – ein Engagement, das für eine Stadt mit 3.900 Einwohnern sicherlich seinesgleichen sucht.

„Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich finde es in Ordnung, dass wir Geld in Betreuung und Bildung investieren. Was ich vermisse ist der faire Umgang miteinander. Nach wie vor beschließen Bund und Land Verbesserungen des Betreuungs- und Bildungsangebots – und lassen die Kommunen auf den Kosten hierfür sitzen. Was wir brauchen ist nicht nur ein besseres Angebot, wir Kommunen brauchen auch eine verlässliche Finanzierung, die uns auch in Zukunft noch eine nachhaltige Aufgabenerfüllung ermöglicht“, so Bürgermeister Vogt.

Wenn sich der Gemeinderat die Ausgabenansätze für die Bewirtschaftung und Unterhaltung des gemeindlichen Vermögens ansieht, wird er schnell feststellen, dass nach wie vor nur das allernotwendigste geleistet werden kann. Am Ende werden noch viele, sicherlich auch berechnete Wünsche, unerfüllt bleiben. Dabei geht es der Stadt Neckarbischofsheim wie jedem privaten Haushalt auch: Man muss sich nach der Decke strecken, die einem zur Verfügung steht. Das Haushaltsvolumen 2010 sinkt auf 7,1 Mio. Euro. Das ist mehr als im Jahr 2006, aber auch weniger als im Jahr 2007. Zur Finanzierung verbraucht die Stadt Neckarbischofsheim die letzten Reserven, die aus den guten Steuerjahren 2007 und 2008 gerettet werden konnten.

Der Vermögenshaushalt umfasst ein Volumen von rund 1,5 Mio. Euro. Dabei sind mit dem zweiten Bauabschnitt der Turmstraße, dem Park & Ride-Platz am S-Bahn-Haltepunkt Neckarbischofsheim-Nord, dringenden Kanalsanierungen und der zweiten Rate für das Sozialgebäude am Bauhof ganz sicherlich keine Renommierobjekte, sondern dringend notwendige Maßnahmen eingestellt. Derzeit ist eine Kreditfinanzierung von 664.000,00 € eingeplant. Weitere Gespräche mit der Rechtsaufsicht und dem Ausgleichsstock müssen zeigen, ob dies so genehmigt wird.

Im Zuge der Haushaltsplandebatte wird der Gemeinderat über die Grundsteuer, die Friedhofsgebühren, Kindergartenbeiträge und Hallennutzungsgebühren unterhalten müssen. Dabei ist sich Bürgermeister Vogt bewusst, dass dies alles zu keiner bedeutenden Verbesserung der städtischen Finanzlage führen wird. Es können immer nur kleine Schritte sein.

Die Haushaltsdebatte ist in der ersten Gemeinderatssitzung des neuen Jahres am 19. Januar 2010 geplant. Bis dahin gibt es sicherlich auch die ersten Erkenntnisse über Zuschussmöglichkeiten aus dem Ausgleichstock.

Bürgermeister Vogt hätte gerne zur letzten Sitzung im Jahr 2009 dem Gemeinderat ein anderes Weihnachtspräsent auf den Tisch gelegt. Nun müssen sich die Mitglieder des Gemeinderats und die Verwaltung mit dem Haushaltsplanentwurf und den darin enthaltenen notwendigen Investitionen auseinandersetzen.

Bürgermeister Vogt bedankt sich bei Stadtkämmerer Harry Hack für die nicht gerade einfache Arbeit, den Haushaltsplanentwurf 2010 zusammenzustellen. Er und Herr Hack bieten den beiden Fraktionen an, bei Problemen bei der Darstellung zum Haushalt oder auch beim Wunsch nach umfassenderem Zahlenmaterial, gerne zur Verfügung zu stehen.

Bürgermeister Vogt geht des Weiteren davon aus, dass der Kreistag in der nächsten Woche die Kreisumlage von bisher 32,9% auf 31,0% senken wird, so dass auch hier eine leichte Entspannung im Stadthaushalt erfolgen wird.

Zu den Haushaltsberatungen erhält der Gemeinderat auch noch den Antrag des Schützenvereins Neckarbischofsheim zur Bezuschussung von verschiedenen Baumaßnahmen.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

03. Evangelischer Kindergarten Neckarbischofsheim

hier: Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Förderung und Betrieb des Evangelischen Kindergartens

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die bisherige Betriebskostenvereinbarung mit der Evangelischen Kirchengemeinde von Seiten der Stadt Neckarbischofsheim vor zwei Jahren gekündigt wurde. Die Thematik wurde bisher schon eine ganze Zeit zurückgestellt, wobei ein Grund war, dass die neue Betriebsvereinbarung mit dem neuen Pfarrer beraten werden soll. Seit September 2009 wurde nun das Thema zügig angegangen. Dabei erfolgte in ersten Gesprächen, bei dem auch Dekan Hans Scheffel anwesend war, eine Diskussion darüber, ob die Stadt Neckarbischofsheim das Kindergartengebäude übernimmt. Die Evangelische Kirchengemeinde, wie auch der Dekan, lehnten dabei die Übernahme ab.

Der vorliegende Vertragsentwurf beinhaltet nun diejenigen Punkte, die in der Vergangenheit zu kurz gekommen waren. Unter anderem soll die Evangelische Kirchengemeinde künftig in die Bedarfsplanung mit eingebunden werden (Zif. 2.1). Im Vertrag wird eine Mindestgruppengröße definiert, ab der die bürgerliche Gemeinde zu unterrichten ist (Zif. 2.5). Die politische Gemeinde beteiligt sich an den Investitionsausgaben mit einem Anteil von 90% (bisher 100%), (Zif 4.1.2). Die Stadt Neckarbischofsheim gewährt zunächst den gesetzlichen Mindestzuschuss von 63% an den anrechenbaren Ausgaben für den Kindergarten bzw. 68% für die Kleinkindbetreuung. Nach Abzug der Mittel aus dem Kirchenfinanzausgleich (28.000,00 € - bisher 15.000,00 €) trägt die politische Gemeinde das dann noch verbleibende Defizit (Zif. 4.5). Der Vorsitz im Kuratorium wird von der politischen Gemeinde vorgenommen (bisher im jährlichen Wechsel). Die Laufzeit des Vertrags beginnt am 1. Januar 2010 und ist wie bisher mit einer Kündigungsmöglichkeit versehen.

Der Kirchengemeinderat der Evangelischen Kirchengemeinde diskutiert heute zeitgleich über den Vertragsentwurf. Bürgermeister Vogt geht davon aus, dass der Kirchengemeinderat dem Vertragswerk zustimmen wird. Danach muss der Oberkirchenrat noch dem Vertrag zustimmen. Sollten von Seiten der Evangelischen Kirchengemeinde neue Wünsche an die Stadt Neckarbischofsheim herantragen, die über die vorliegenden Vereinbarungen hinausgehen, wird der Gemeinderat nochmals über diese Wünsche beraten und beschließen müssen. Bürgermeister Vogt schlägt dem Gemeinderat vor, der neuen Vereinbarung zur Förderung und dem Betrieb des Evangelischen Kindergartens zuzustimmen.

Stadtrat Gerold Rossel hält persönlich den neuen Vertrag für das zweitschlechteste Ergebnis, das die Stadt Neckarbischofsheim bei den Verhandlungen erzielen konnte. Das schlechteste Ergebnis wäre eine Vereinbarung nach den bisherigen Bestimmungen gewesen.

Der Zuschuss an die Evangelische Kirchengemeinde sinkt von bisher 93% auf 91%, was ein paar tausend Euro weniger Belastung für die Stadt Neckarbischofsheim bedeutet. Gut findet er, dass die Stadt künftig mehr Mitbestimmungsrechte hat. Der FAG-Zuschuss der Kirchengemeinde ist jedoch nur für ein Jahr garantiert. Wie es künftig aussieht, kann man noch nicht sagen. Sollte sich die Evangelische Kirchengemeinde entscheiden, die FAG-Mittel anderweitig zu verwenden, dann steigt auch der Anteil der politischen Gemeinde bei den Betriebskosten, die für ihn dann wiederum zu hoch sind. Aus diesem Grund lehnt er den Vertragsentwurf ab.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass er nach Durchsicht des Vertrages zu dem Ergebnis gekommen ist, dass mangels Alternative zum jetzigen Zeitpunkt, er dem Vertragswerk heute zustimmen wird. Positiv empfindet er die sicherlich strukturellen Änderungen im Vertrag, die der Stadt Neckarbischofsheim eine größere Einflussnahme beim Betrieb des Evangelischen Kindergartens gewähren. Große Enttäuschung macht sich bei ihm breit, da die Stadt Neckarbischofsheim immer noch über 90% der Betriebskosten zu zahlen hat, und sich zum bisherigen Zuschuss nicht viel geändert hat. Die Stadt Neckarbischofsheim ist mit einer Zielsetzung, den Kindergarten nur noch mit dem gesetzlichen Mindestsatz von 63% zu bezuschussen, in die Verhandlungen gegangen. Die Evangelische Kirchengemeinde wiederum hat ihre bisherige Position bei der Bezuschussung beibehalten. Für ihn stellt der vorliegende Vertrag deshalb nur eine Notlösung dar, weshalb die Stadt Neckarbischofsheim diesen so nicht belassen kann. Der Gemeinderat muss sich mit der Thematik auch im kommenden Jahr beschäftigen. Er bittet die Verwaltung, ein Gegenmodell zum Betrieb eines kommunalen Kindergartens in Neckarbischofsheim zu erstellen und die Kosten zu berechnen. Sollten räumliche Veränderungen in naher Zukunft anstehen, ist es nach seiner Meinung nach sinnvoll, in diese Richtung zu gehen. Mit der vorliegenden Lösung zeigt er sich jedoch nicht zufrieden.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt ebenfalls fest, dass der vorliegende Vertrag nur eine Notlösung darstellt. Allerdings geht er davon aus, dass wenn die Evangelische Kirchengemeinde nur einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 63% erhält, diese den Kindergarten nicht mehr betreiben können. Erschreckend waren für ihn vor allem die vorliegenden Kinderzahlen, wobei die Geburten von bisher 34 auf 12 in diesem Jahr zurückgegangen sind. Somit weiß die Stadt Neckarbischofsheim, was auf sie in den nächsten drei Jahren an Kinderbetreuung zukommt, nämlich die Diskussion, die Kindergärten in Helmhof und Untergimpfern zu schließen. Seiner Meinung nach sollte die Betriebsvereinbarung nur auf ein Jahr abgeschlossen werden, da die Finanzierung durch die Stadt Neckarbischofsheim nicht besser, sondern schlimmer werden wird. Mit der vorliegenden Lösung, 90% des Defizits abzudecken, ist die Stadt Neckarbischofsheim nach seiner Ansicht nach gut bedient.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim sich mit dem vorliegenden Vertrag nicht schlechter stellt als bisher. Vielmehr konnte bei den Verhandlungen erreicht werden, dass die politische Gemeinde mehr Gestaltungsmöglichkeiten hat als bisher. Die Rechnung, dass die Stadt den Kindergarten zu 100% selbst betreibt und damit auch finanziert, wurde von Seiten der Verwaltung noch nicht aufgestellt. Anerkennend sei dennoch, dass die Evangelische Kirchengemeinde die FAG-Mittel zu 100% bereitstellt und hier mehr finanzielles Engagement zeigt. Dennoch wird sich durch die Belastungen bei der Kinderbetreuung der städtische Anteil weiterhin erhöhen. Nach Rücksprache mit den umliegenden Gemeinden haben auch diese die gleiche Finanzierungsquote von bis zu 93% wie Neckarbischofsheim. Ihm ist auch nicht bekannt, dass bisher eine Gemeinde eine Bezuschussung von 63% durchsetzen konnte.

Stadtrat Walter Freudenberger moniert, dass die Thematik den Gemeinderat seit 25 Jahren beschäftigt und die Änderung der Finanzierung vor sich hergeschoben wird. Schon damals hätte man einen städtischen Kindergarten einrichten sollen, dann wären die Verhandlungen mit der Evangelischen Kirchengemeinde nicht mehr notwendig und die Stadt hätte hier keine Probleme mehr.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Förderung und Betrieb des Evangelischen Kindergartens mit der Evangelischen Kirchengemeinde Neckarbischofsheim zum 1. Januar 2010 zu.

Abstimmung: 14 Ja 1 Nein

05. Hallenbad Neckarbischofsheim

hier: Vergabe der Arbeiten zur Sanierung der Außenfassade

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP den Architekten Martin Oszter recht herzlich.

Bürgermeister Vogt verweist auf die Tischvorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Arbeiten in der letzten Sitzung nicht vergeben werden konnten, da keine Angebote von Firmen vorlagen.

Architekt Martin Oszter teilt mit, dass eine öffentliche und eine beschränkte Ausschreibung zu keinem Ergebnis geführt haben. Im Nachhinein lag es vielleicht auch an der Aufgabenstellung, die Materialien für die Fassade zu splitten (Eingangsbereich Trespa, restliche Fassade mit Blech). Die Fa. Baumann, Dach und Wand GmbH, Mannheim, hat bereits öfters für das Büro von Herrn Oszter gearbeitet, aber damals das Angebot lediglich gefaxt und nicht im Original übersandt, so dass hier ein Formfehler vorlag und nicht in der Angebotswertung berücksichtigt werden konnte. Jetzt wurde im Rahmen einer freihändigen Vergabe, basierend auf das bisherige Leistungsverzeichnis, nochmals mit der Firma zäh verhandelt. Hierbei ging es vor allem darum, die Massen zu ermitteln, die im Leistungsverzeichnis glaubhaft ausgewiesen waren. Die Fa. Baumann konnte dazu bewegt werden, ein Pauschalangebot abzugeben, so wie es in der Kostenschätzung vorliegt. Herr Oszter zeigt sich erfreut, dass das vorliegende Ergebnis erzielt werden konnte und nun besseres Material (Alublech und kein lackiertes Stahlblech) zum Einsatz kommt. Der Hersteller „Hösch“ hat seine Zulassung für sein Material wieder zurückgezogen, da dieses für die Errichtung von Schwimmbädern nicht mehr verwendet werden darf.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob sich im Rahmen des Pauschalangebots die Preise verändern können. Dies wird von Herrn Oszter verneint, da es sich hier um einen Festpreis handelt. Mit der Fa. Baumann wurden vor allem die Massen nachberechnet und dabei festgestellt, dass diese geringer ausgefallen sind, als in der Kostenschätzung vorgesehen war. Deshalb konnte auch der Angebotspreis, trotz besserer Materialien, verringert werden.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, weshalb kein anderes Unternehmen ein Angebot für die Sanierung der Fassade abgegeben hat. Sie bittet um Auskunft, ob das vorgesehene Material nicht mehr verarbeitet wird.

Herr Oszter führt aus, dass es nur im Raum Stuttgart und in Mannheim Firmen gibt, die diese Materialien herstellen und anbieten. In unserem Gebiet gibt es solche Firmen nicht. Hier werden die Aufgaben von Blechnern/Flaschnern oder auch Zimmereien durchgeführt, die jedoch hier preislich keine Chance gegen den speziellen Anbieter haben. Die Firmen aus Stuttgart haben kein Angebot abgegeben, da am Hallenbad nur eine Fläche von 300 m² zu bearbeiten sind. Die Firmen sind eher im Industriebau tätig und beginnen erst bei Massen von 2.000 m². Ein Grund ist auch, dass derzeit keine Hallenbäder von den Gemeinden errichtet werden, so dass hier keine Massen produziert werden können, um gewinnbringend arbeiten zu können.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Auftragsvergabe zur Sanierung der (restlichen) Außenfassade zum Pauschalangebot in Höhe von 32.725,00 € (brutto) an die Fa. Baumann, Dach und Wand GmbH, Mannheim, zu.

Abstimmung: 15 Ja

Nach der Abstimmung gibt Herr Oszter noch einen Lagebericht zum derzeitigen Stand der Hallenbadsanierung. Derzeit sind die Arbeiten am Dach zugange, wobei bei der Demontage des Altdachs drei Schichten von alten Dachabdeckungen entdeckt wurden, die zu Mehrkosten bei der Entsorgung des Bitumenmaterials führen. Des Weiteren werden zur Zeit die Fenster eingebaut. Die Arbeiten werden noch bis Mitte nächster Woche andauern. Die Fa. Lapesch hat im Innenbereich bereits das Isoplus-System montiert. Die Anschlüsse an die Fenster wurden dabei ausgenommen und werden erst nach Einbau derselben vorgenommen. Im Bereich der Decke im Schwimmbereich sind einige Teile korrodiert und mussten entfernt werden. Hierzu wurden zwei Angebote eingeholt, die derzeit geprüft werden. Zu den Gesamtkosten teilt Herr Oszter mit, dass diese derzeit im Rahmen der Kostenschätzung liegen, allerdings einige Maßnahmen noch nicht zu Ende verhandelt wurde.

Bei der Sanierung des Hallenbads handelt sich außerdem um ein sehr „dynamisches Projekt“, so dass zum Glück die ersten Schätzungen so ausgelegt waren, dass die derzeitigen Massenverschiebungen aufgefangen werden konnten. Von dieser Kostenschätzung kann die Stadt derzeit noch ein Stück weit zehren. Die Neugestaltung der Innenwände wird deshalb so erfolgen, dass nicht die gesamte Schwimmhalle gefliest wird, sondern mit dem Isoplus-System, Putz und Fliesen gearbeitet wird, um die Gesamtkosten im Rahmen halten zu können. Nach der Sanierung des Hallenbads werden nicht nur die vorgesehenen Maßnahmen am Dach, den Fenstern und an der Fassade fertig gestellt sein, sondern das Hallenbad wird auch mit neuen Innenwänden und einer neuen Decke hochwertig saniert sein.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, wie der weitere Zeitplan aussieht und wann der Schwimmbadbetrieb wieder aufgenommen werden kann.

Herr Oszter führt dazu aus, dass am Eingang des Hallenbads der Hinweis, dass das Hallenbad im Januar 2010 wieder öffnet, durchgestrichen und die Jahreszahl 2010 mit 2011 ersetzt wurde. Ganz so schlimm, wie die Schwimmbadnutzer das sehen wird es nicht werden. Die Fenster werden noch vor Weihnachten eingebaut. Das Dach ist bis dahin auch wieder dicht, so dass im Innenbereich weitergearbeitet werden kann. Die Elektriker haben hier ebenfalls schon Vorarbeiten geleistet. Der Fertigstellungstermin Ende Januar 2010 wird weiter angepeilt. Die Außenarbeiten können bis zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht fertig gestellt werden, was jedoch nicht schlimm ist.

Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass die Verwaltung ebenfalls bestrebt ist, das Hallenbad so schnell wie möglich wieder den Schulen und der Bevölkerung zur Nutzung übergeben zu können. Jedoch wäre zum jetzigen Zeitpunkt jeder Termin, der für die Fertigstellung genannt wird, reine Spekulation.

Stadträtin Edith Bräumer führt aus, dass sie den Eröffnungstermin wissen muss, da sie ab 15. Januar 2010 einen VHS-Schwimmkurs im Angebot hat.

Bürgermeister Vogt teilt hierzu mit, dass bei Sanierungen sich oft zusätzliche Maßnahmen ergeben, die vorher nicht vorgesehen waren und verweist nochmals darauf, dass er keinen festen Termin zur Wiedereröffnung des Hallenbads heute mitteilen kann.

Stadtrat Walter Freudenberger weist darauf hin, dass es bei den Flachdächern im Schulzentrum schon immer zu Problemen kam und fragt nach, wie lange der Architekt eine Garantie dafür gibt, dass das neue Dach auch wirklich hält.

Herr Oszter führt aus, dass er bereits während seiner Ausbildung im Jahre 1982 mit dem Material, das am Hallenbad für die Dachsanierung einsetzt, in Kontakt gekommen ist. Die Dächer, die damals saniert oder neu errichtet wurden, sehen immer noch wie neu aus. Die Firma, die das Material anbietet geht hierbei von einem Alterungsprozess von 80 bis 100 Jahren aus. Die verlegten Bahnen sind auch heute noch nicht spröde und weiterhin lichtbeständig. Außerdem hat das verlegte Material keine Nahtstelle, in welchem Wasser eindringen kann, so dass hier menschliches Versagen ziemlich ausgeschlossen ist.

06. Mensa im Schulzentrum Neckarbischofsheim hier: Vergabe zur Lieferung der Schulküche

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Tischvorlage zu diesem TOP und stellt fest, dass die Vergabe der Kücheneinrichtung von der Verwaltung bisher zurückhaltend behandelt worden ist. Diese Vorgehensweise war auch mit dem Gemeinderat so abgesprochen. Nunmehr liegen zwei Angebote für die Kücheneinrichtung vor, wobei der günstigste Anbieter auch die Teile liefern kann, die im Februar 2010 für den Ausgabebetrieb benötigt werden.

Stadtrat Georg Zwölfer bittet um Auskunft, welche Einrichtungsgegenstände im vorliegenden Angebot beinhaltet sind und ob mit diesen der Betrieb der Mensa gewährleistet werden kann.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass es sich um den Thekenbereich mit Installation handelt. Des Weiteren werden für den Ausgabebereich Unterbauten und Hängeschränke geliefert. Im Küchenbereich wird die Rückwand zum Ausgabebereich mit Spüle, Hängeschränke und Unterbauten versehen. Außerdem werden Servierwägen und mobile Tische angeschafft, die als Anrichte verwendet werden können. Mit der Betreiberin wurden diese Anschaffungen bereits abgestimmt. Vom Essenslieferant werden zunächst die Heißluftgeräte und die Tiefkühlgeräte für ein halbes Jahr kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Spülstraße wurde bereits vom Gemeinderat beauftragt. Zusätzliche Kosten fallen noch für das Geschirr an, um dann den Betrieb starten zu können.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt an, ob die Einrichtungsgegenstände alle in Edelstahl sind. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt bestätigt der anmerkt, dass deshalb das Angebot so teuer ausfällt.

Stadträtin Karin Bender zeigt sich vom hohen Preis für die Einrichtungsgegenstände erschrocken wenn man liest, was in diesem Angebot nicht dabei ist. Ihrer Meinung nach können diese Kosten nicht stimmen, da die Einrichtung nur den Ausgabenbereich betrifft. Sie geht jedoch davon aus, dass sich viele Personen mit der Thematik beschäftigt haben und nicht übermäßig viel unnötige Gegenstände dabei sind. Nach Durchsicht ihrer Unterlagen hat sie des Weiteren festgestellt, dass für den Küchenbereich lediglich 56.000,00 € vorgesehen waren, dieses Geld mit der Vergabe der Spülküche und den jetzigen Einrichtungsgegenständen verbraucht ist. Sie fragt deshalb nach, ob die Version „Edelstahl“ nicht abgespeckt werden kann.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass es für den Betrieb einer Mensa drei unterschiedliche Hygienestufen gibt, die beachtet werden müssen. Mit dem Küchenplaner wurde dieses Thema ausführlich besprochen und dabei die Stufe 2 gewählt. Außerdem wurde bei der Kücheneinrichtung nicht auf die Ausstattung eines „Mercedes“ abgehoben. Bei den freien Preisverhandlungen hat es sich nunmehr gezeigt, dass sich die Preise aus dem Februarangebot nicht erhöht haben. Die Kosten wurden damals von einem Küchen-Fachmann geschätzt, wobei die marktüblichen Preise zugrunde gelegt wurden. Auch der Fachmann konnte sich die jetzigen Preise nicht erklären. Somit trifft auch den Architekten keine Schuld, dass dieses Angebot nun so ausgefallen ist.

Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass die Verwaltung sich bei der Zurückstellung der Auftragsvergabe im Februar versprochen hat, später günstigere Preis zu erzielen, was jedoch nicht geklappt hat. Die Edelstahlgeräte sind nun mal wahnsinnig teuer.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, welche Lebenszeit die Einrichtungsgegenstände haben. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass diese doppelt so lang halten müssen wie eine normale Holzküche. Stadtrat Gerold Rossel fügt an, dass dann auch weniger Folgekosten entstehen, wenn an diesen Edelstahlgeräten nichts kaputt gehen kann. Dies bestätigt Bürgermeister Vogt zumindest für die Einrichtungsgegenstände, die keine Elektrogeräte sind.

Stadtrat Rüdiger Knapp bemerkt, dass es sich bei der Einrichtung um eine gehobene Industrieausstattung handelt. Deshalb stellt sich ihm die Frage, ob diese Einrichtung in dieser Preisklasse für eine Schulmensa benötigt wird, wenn dort nicht gekocht wird.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass die niedrigste Hygienestufe diejenige ist, die zulässt, dass die Möbel aneinander gestoßen werden und hier eine Fuge entsteht. Die nächst höhere Stufe beinhaltet zusammenhängende Einrichtungsteile ohne Stöße, die vernünftig saubergemacht werden können. Von der hygienischen Seite her macht dies deshalb Sinn, diese Stufe zu wählen. Auch die Verwaltung würde gerne günstigere Einrichtungsgegenstände vorschlagen, allerdings werden die angebotenen Teile in dieser Art für die Mensa benötigt.

Stadtrat Rüdiger Knapp hakt nach und ist der Meinung, dass die Unter- und Oberschränke sicherlich nicht aus Edelstahl sein müssen.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass beide Anbieter ihre Angebote nach dem Leistungsverzeichnis abgegeben haben. Die Verwaltung ist bemüht, dass die Firma, die den Auftrag erhält vor Ort kommt, um im Einzelnen nochmals durchzusprechen, welche Einrichtungsgegenstände in Edelstahl anzubringen sind. Bei diesem Termin besteht sicherlich die Chance, noch einige Veränderungen vorzunehmen.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass er sich jetzt noch schwerer tut, dem Angebot zuzustimmen, nachdem er gehört hat, dass die Lieferfirma noch nicht vor Ort war, um die Einrichtungsgegenstände anzubieten.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass es hierfür den Architekten gibt, der die Küche ausgemessen und das Leistungsverzeichnis dafür erstellt hat.

Stadträtin Edith Bräumer fügt hinzu, dass die Lieferfirma sicherlich keine Reduzierung des Preises vornimmt und eher darauf plädiert, dass die Einrichtung aus Edelstahl sein muss.

Stadtrat Rüdiger Knapp findet es nicht in Ordnung, die Kindergartenbeiträge zu erhöhen und im gleichen Zug im Schulzentrum das Geld für eine „goldene Küche“ rauszuwerfen. Bauamtsleiter Jürgen Böhm stellt fest, dass für die Bewertung der Hygienevorschriften ein Ingenieurbüro eingeschaltet wurde, der im Übrigen unter der Kostenschätzung des Architekten lag.

Stadtrat Gerold Rossel führt aus, dass es beim Gesundheitsamt des Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis sicherlich einen zuständigen Sachbearbeiter gibt, der der Verwaltung Auskunft darüber geben kann, welche Materialien in einer Schulküche/Mensa verwendet werden dürfen.

Bürgermeister Vogt bemerkt, dass von Seiten der Verwaltung bisher alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um die Küche entsprechend auszugestalten. Er stellt fest, dass in den bisherigen Mensen, die von ihm besucht wurden, die gleichen Hygienevorschriften eingehalten wurden, d.h. dass diese mit Edelstahlgeräten ausgestattet sind.

Stadtrat Norbert Benz stellt fest, dass der Gemeinderat kein Wahl hat, um dort andere Einrichtungsgegenstände einzubringen, da der Schule und den Eltern bereits die Zusage gemacht wurde, die Mensa am 1. Februar 2010 in Betrieb zu nehmen. Die Angelegenheit kann deshalb nicht mehr in den März oder April 2010 hinausgeschoben werden.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass wenn die Stadt Neckarbischofsheim hier zu einer günstigeren Lösung kommen kann er kein Problem damit hat, die Eröffnung der Mensa um eine Woche zu verschieben. Im Übrigen wird für die Mensa ein ganz normaler Standard für Küchen eingerichtet.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt noch nach, wer die Reinigung und Instandhaltung der Küche im laufenden Betrieb übernehmen wird.

Bürgermeister Vogt teilt ihm mit, dass sich die Betreiberin in ihrem Angebot dafür bereitklärt hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vergabe zur Einrichtung der Küche in der Mensa des Adolf-Schmittthener-Gymnasiums an die Fa. Hachtel GmbH, Schieberdingen, zu der geprüften Angebotssumme in Höhe von 46.073,14 € (brutto) zu.

Abstimmung: 13 Ja 2 Enthaltungen

07. Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 17.11.2009

1. Der Gemeinderat stimmt einer Sanierungsvereinbarung mit einem Eigentümer im Sanierungsgebiet „von-Hindenburg-Straße“ zu.
2. Der Gemeinderat stimmt einem Grundstückstausch im Anschluss an das Gewerbegebiet „Bitzwiesen“ mit zwei Eigentümern zu, um hier weitere Flächen für die Erweiterung des Gewerbegebiets zu erhalten.

08. Bekanntgaben

Terminplan Gemeinderatssitzungen 2010

Der Gemeinderat erhält in Kopie den Terminplan für die Gemeinderatssitzungen im Jahr 2010.

Öffentlicher Personennahverkehr in Neckarbischofsheim

Der Gemeinderat erhält den Fahrplan der neuen Buslinie zum S-Bahn-Anschluss in Waibstadt in Kopie. Die Stadtteile Untergimpfern und Helmhof werden hier im Stundentakt an die S-Bahn angeschlossen. Allerdings handelt es sich hier nur um eine Zwischenlösung mit der Linie 782, da nach der Bündelausschreibung für den Linienverkehr im Bereich Sinsheim-Nord ab dem Jahre 2011 eine Änderung erfolgen wird. Des Weiteren erhält der Gemeinderat den Fahrplan der Rufbuslinie 7960 in Kopie, der wegen der Fahrzeitenänderung (S-Bahn-Verkehr nach Sinsheim) ebenfalls geändert werden musste.

Sanierung Treppenturm am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium

Dieser Tage wird am Treppenturm (Aufgang Parkplatz oberhalb der ehemaligen Landwirtschaftsschule) eine Betonsanierung durchgeführt. Die Treppe ist hier in einem sehr schlechten Zustand. Die Kosten betragen zirka 2.000,00 €. Nach der Sanierung kann die Treppenanlage wieder trockenen Fußes begangen werden. Auch die Beleuchtungssituation in diesem Bereich wurde bereits verbessert.

09. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Walter Freudenberger teilt mit, dass er mehrfach von Bürgern wegen der Zustände hinter dem Stadthallengebäude angesprochen wurde. Er bittet darum, dass dort aufgeräumt und der abgestellte Klowagen entfernt wird.

Stadtrat Norbert Benz fügt hinzu, dass hier keine zweite Abfallverwertungsgesellschaft errichtet werden soll und bittet die Verwaltung die NaturFreunde aufzufordern, die Autos und den Bauwagen dort zu entfernen.

Bürgermeister Vogt wird den NaturFreunden das Anliegen des Gemeinderats weitergeben.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft, ob die Baumaßnahmen zur Sanierung der Oberen Turmstraße im Zeitplan liegen.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Verwaltung keinen Zeitplan vorgegeben hat, da in diesem Bereich die komplette Infrastruktur neu gemacht werden musste. Die meisten Arbeiten haben sich im Untergrund abgespielt, von denen die Anwohner nicht viel gesehen haben. Auch verzögerte sich die Maßnahme, weil die Baufirma bei der Errichtung der neuen Gabionenwand im Bereich des Anwesens Weber auf massiven Fels gestoßen ist.

Der technische Mitarbeiter im Bauamt, Roland Herbold, fügt an, dass die Maßnahme auch in Verzug geraten ist, da im Bereich der Höhenstraße weitere Arbeiten ausgeführt wurden, die im Laufe der Bauausführung hinzugekommen sind.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass noch diese Woche am Donnerstag die Straße bituminiert werden soll und dann auch die Anwohner endlich sehen, dass die Maßnahme dem Ende zugeht.

Stadtrat Gerold Rossel bittet die Verwaltung, im Eingangsbereich zum Friedhof eine kleine grüne Tonne aufzustellen, in welche die Friedhofsbesucher den Plastikmüll (Friedhofslichter u.a.) einwerfen können. In letzter Zeit häuft sich die wilde Müllablagerung vor dem Friedhof, weil die Friedhofsbesucher zu bequem sind, den Müll in die vorgesehene Tonne im oberen Bereich des Friedhofs zu verbringen.

Bürgermeister Vogt sichert eine Überprüfung zu.

Stadtrat Erhard Rupprecht bittet um Auskunft, weshalb im Neubaugebiet „Eichertstal“ in manchen Bereichen es sehr dunkel ist. Er zeigt sich hier besorgt um die Fußgänger, die sich in diesem Bereich bewegen.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass nur die Kreuzungsbereiche ausgeleuchtet werden. Diese Maßnahme empfindet er zum jetzigen Zeitpunkt für ausreichend.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, weshalb in die Aussegnungshalle im Friedhof Neckarbischofsheim ein Telefonkabel gelegt wird, aber für die Einrichtung einer öffentlichen Toilette kein Geld vorhanden ist.

Der technische Mitarbeiter im Bauamt, Roland Herbold, teilt mit, dass die Verlegung notwendig war, um die Glockenanlage per Funk betreiben zu können.

Bürgermeister Vogt fügt an, dass die Verwaltung sich derzeit mit der Errichtung einer öffentlichen Toilette im Friedhof Neckarbischofsheim beschäftigt.

Stadtrat Walter Freudenberger führt aus, dass bei der Beerdigung des Mitbürger Harald Beck die Lautsprecheranlage an der Aussegnungshalle im Friedhof Neckarbischofsheim nicht funktioniert hat. Er bittet darum, dass die behoben wird.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass die Lautsprecheranlage funktioniert, allerdings nur dann, wenn der Sprecher nah genug am Mikrofon steht. Die Verwaltung ist derzeit damit beschäftigt, die Problematik in den Griff zu bekommen. In der nächsten Woche wird sich ein Techniker, der Lautsprecheranlagen vertreibt, die Situation ansehen und der Verwaltung einen Lösungsvorschlag unterbreiten.

10. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: